

Die Forderungen

Die Gewerkschaften fordern

- die Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent,
- mindestens aber um 200 Euro,
- für Auszubildende/Praktikanten um 100 Euro mehr,
- eine Laufzeit von 12 Monaten.

Ferner sollen erneut Regelungen zur Übernahme der Auszubildenden nach der Ausbildung, die Vergütung für bisher nicht geregelte Ausbildungs- und Praktikumsverhältnisse vereinbart und der Nachtarbeitszuschlag in Krankenhäusern um 33 Prozent erhöht werden.

Diese Forderung bedeutet für die kommunalen Arbeitgeber insgesamt **Mehrkosten von rund 6,5 Milliarden Euro** und übersteigt daher bei Weitem deren finanzielle Leistungsfähigkeit. Sie berücksichtigt auch in keiner Weise, dass die **Inflation gegenwärtig bei unter 2 Prozent** liegt. Bereits **in den letzten drei Tarifabschlüssen** wurden für den öffentlichen Dienst im Schnitt **jeweils höhere Steigerungen als in der Gesamtwirtschaft** vereinbart.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen ist sehr unterschiedlich. Wir können nur Entgelterhöhungen mittragen, die sich **alle Kommunen leisten können**. Der anhaltend **extrem hohe Schuldenstand** von 141 Milliarden Euro, davon 47,4 Milliarden Euro im Bereich der kurzfristigen Kassenkredite, **ist erdrückend**.

Die Forderungen zur zusätzlichen Bezahlung für bestimmte Ausbildungs- und Praktikumsverhältnisse sowie die Erhöhung des Nachtarbeitszuschlags um ein Drittel betreffen den **Krankenhausbereich**, der seit Jahren unterfinanziert ist. Er unterliegt einer **gesetzlich festgelegten Höchstgrenze** für Kostensteigerungen, **der sogenannten Grundlohnrate**. Für das Jahr 2018 ist diese mit **2,97 Prozent** festgesetzt.